

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 16-17

Artikel: Der Priester im kommunistischen System : der vom Wolf geduldete Hirte

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076767>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Priester im kommunistischen System

Der vom Wolf geduldete Hirte

Die Profession des Priesters im kommunistischen System ist schwer und heikel, oft gefährlich, der Beruf des Priesters ist tragisch. Wer seiner Berufung nachkommen will, muss in Zusammenarbeit mit einem Staat leben, dessen aktiv betriebenes Ziel es ist, gerade dieser Beruf jegliche Grundlage zu nehmen. Nennt man die Politik die Kunst des Möglichen, so scheint das Priestertum hinter dem Eisernen Vorhang geradezu die Kunst des Unmöglichen. Beides scheint gleicher Verrat an der Herde: sie zu verlassen oder sie zu hüten im Auftrag des Wolfes. Das Dilemma überhaupt auf sich und die Anvertrauten zu nehmen, ist das heiligmässig oder verbrecherisch? Wem die Frage blasphemisch tönt, möge sich überlegen, dass es die Frage dessen ist, der sich im kommunistischen System zum Priesteramt berufen fühlt.

Es ist kommunistisches Axiom, dass die Kirche stets der ausbeutenden Klasse dient. Keine Herrscherklasse hat je zynischer diesen Satz zu verwirklichen gesucht als die kommunistische Parteiklasse. Sie fordert völlige Hingabe jedes Einzelnen an ihre staatlichen und gesellschaftlichen Zwecke. Sie kennt nur eine Erziehung des Menschen, die materialistische im marxistisch-leninistischen Sinn. Sie ist nicht nur logische, sondern auch erklärte Feindin der Religion, die mit der materialistischen Lehre nicht vereinbar ist. Und doch erlaubt die Partei das Bestehen der Kirche: Unter der Bedingung der Loyalität zum kommunistischen System, zu einem System also, das seiner Ideologie entsprechend notwendigerweise den Untergang der Kirche suchen muss.

Meineid oder Bruch des Taufgelübdes

Der Priester steht nicht nur der erwähnten Aussicht auf ideologische Absurdität gegenüber, sondern auch ihren konkreten Auswirkungen in allem, was jener Staat als Recht proklamiert. So garantiert Artikel 124 der Sowjetverfassung einerseits die «Freiheit» der Kulthandlungen, andererseits die Freiheit der antireligiösen Propaganda. Der Kirche aber ist das Recht entzogen, sich vor den Ausschreitungen der gottlosen Propaganda zu wehren. Ein Pfarrer darf sich in seiner Predigt nur mit theoretischen Fragen beschäftigen; will er auf die Probleme des Alltagslebens Bezug nehmen, kann er das nur in regimetreuer Weise tun. Sonst liegt ein Strafbestand vor (Aufwiegelung gegen den Staat, gegen staatliche Institutionen usw.). In der Öffentlichkeit über eine staatliche atheistische Aufklärungsaktion befragt, darf er keine Stellung nehmen. Als unerlaubt und strafbar wird ja in mehreren kommunistischen Verfassungen die Benutzung der Kirche als politisches Forum gegen den Staat aufgeführt. Ein Priester, und das ist ein Künster des Glaubens, darf Priester sein, wenn er auf die Kündigung des Glaubens verzichtet.

Der Staat zwingt die Kirchenführung zu enger «Zusammenarbeit». Jeder Geistliche muss einen Eid auf die Verfassung ablegen, der beispielsweise in Ungarn folgenden Wortlaut hat: «Ich schwörte, dass ich der Ungarischen Volksrepublik, ihrem Volk und ihrer Verfassung treu sein werde, die Rechtsnormen einhalte, das offizielle Staatsgeheimnis bewahre, in meinem Amtsbereich den Interessen des Volkes diene und mit allen meinen Kräften danach trachten will, mit meinem Wirken die Festigung und Entwicklung der Ungarischen Volksdemokratie zu fördern.» Nun ist es nachzuweisen, dass die Parteterminologie nur die von der KP-Ideologie

formulierten Interessen als Volksinteressen anerkennt. Da die Parteiideologie atheistisch ist, schwört also der Priester praktisch, dem Atheismus zu dienen.

Die Einmischung

Der Staat hat weitgehende Rechte bei der Ernennung von kirchlichen Amtsinhabern, namentlich aber höheren Würdenträger. In der Sowjetunion bestehen beim Ministerium ein «Rat für die Angelegenheiten der Russisch-Orthodoxen Kirche» und ein «Beirat für die Angelegenheiten der nicht-rechtgläubigen Bekennisse». Diese Behörde, beziehungsweise seine untergeordneten Ämter, entscheiden über die Bewilligung zur Ausübung des Priesterberufes. In den Volksdemokratien bestehen (zum Teil freilich mit weniger Kompetenzen) parallele Institutionen. Im Rahmen dieser Ämter gibt es besondere Abteilungen für die einzelnen Kirchen. Die staatlichen Referenten für die einzelnen Bistümer haben meist im Bischofshaus ihre Wohnung und besitzen Schlüssel für jede Räumlichkeit. Sie kontrollieren die Wirtschaftsführung der Kirche, die politische Haltung der Priester usw.

Um Reibungen zwischen Kirche und Staat zu vermeiden, mahnte auch der Moskauer Patriarch Alexej (siehe Curriculum) in seiner Rede anlässlich einer Bischofseinsetzung, mit der die Ernennung neuer Pfarrer vorsichtig zu sein. Es gebe unter den An-

wärtern nämlich einige, die dem Regime zu schaden beabsichtigten. Da der Staat befugt ist, missliebige Kleriker abzusetzen (der Verfahrensweg und die jeweiligen Vorwände sind in den einzelnen Staaten verschieden geregelt), muss der Hierarchie daran liegen, keinen missliebigen Klerus zu haben. Tragisch sind die Fälle von Sanktionen, die von kirchlicher Seite gegen «politisierte» Geistliche ausgesprochen werden (auf Geheiss des betreffenden staatlichen Amtes). Ein solcher Fall ereignete sich kürzlich in Ungarn (siehe KB Nr. 14, S. 7). Wenn der Staat direkt und in seinem eigenen Namen eingreift, sind die Massnahmen härter. In der Ostslowakei wurde kürzlich ein katholischer Priester zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde ausführlich, er habe «die Katholiken seiner Gemeinde gegen Atheisten und andere Bürger aufgehetzt».

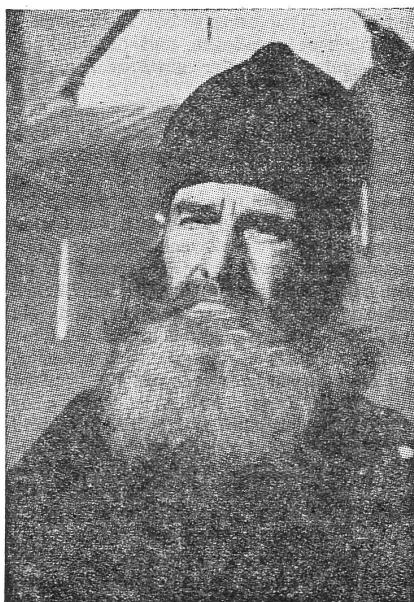
Eine weitere Möglichkeit, den Klerus gefügig zu machen, besteht in den Volksdemokratien (wo die Kirchen eine gewisse staatliche Unterstützung erhalten) im Entzug der staatlichen Hilfe. Die Unterstützung unterstellt natürlich die Kirche den staatlichen Zwecken. Ein illustrativer Fall der Erpressung ohne direkte Gewaltanwendung ereignete sich vor vier Jahren in Ungarn: Der 1948 verhaftete, 1956 aber wieder in sein Amt eingesetzte lutherische Bischof von Budapest, Lajos Ordass, wurde 1958 unter anderm ganz einfach dadurch zum Rücktritt veranlasst, dass die staatliche Hilfe seinem ganzen Kirchendistrikt verweigert wurde.

Die internationale Rolle

In der Sowjetunion hat der Staat dem Priester eine bestimmte Rolle zugedacht. Die Kirche wird von der Partei aus als Gesellschaftsorgan gesehen, welches zwar ohne Mitgliedschaft, aber im Namen des unorganisierten gläubigen Volkes die inner- und aussenpolitischen Zielsetzungen des Staates dabei die kommunistische «Friedenspolitik» und die «friedliche Koexistenz», die durch die Kirchen auf internationaler Ebene propagiert werden sollen. Dass dies mehr als nur sporadisch auch tatsächlich geschieht, ist «im Westen nichts Neues».

Mit unterschiedlichem Erfolg suchen auch die Volksdemokratien, Vertreter der Kirchen in ihre Friedenspropaganda einzuspannen. Die Geistlichen werden in den «Friedenskomitees» und in den «Volksfrontkomitees» erwartet. Die einzelnen Kirchen, respektive Teile ihrer Geistlichkeit, schlossen sich den Nationalen Friedensräten an, wo sie spezielle Komitees bilden. Dazu gehören auch die «Friedenspriester». Sie erhalten eine Vorzugsbehandlung (sogar in Parteibeschlüssen offiziell garantiert und vorgeschrieben), während die ungehorsamen Geistlichen mehr oder weniger direkt verfolgt werden.

Leitende Kirchenfunktionäre müssen sich international für die vom Staat vorgeschriebene politische Linie einsetzen («Kampf für den Frieden», für die Abrüstung, gegen den Kolonialismus usw.). Mit staatlichem Geld werden internationale Treffen christlicher Kirchenvertreter organisiert (wie letztes Jahr eine «Weltkirchenkonferenz» der nichtkatholischen Kirchen in Prag), um der getarnten kommunistischen Propaganda Zugang auch in solche Kreise zu sichern, die ihr sonst nicht



Orthodoxer Mönch.



Moldau-Bäuerinnen in Sonntagstracht vor der Kirche.

zugänglich wären. Immerhin sollte es bei solchen Gesprächen auffallen, dass nur die westliche Aufrüstung, nur der westliche Kolonialismus, nur die westliche Rassendiskriminierung angeprangert werden, nicht aber die entsprechenden (freilich grösseren) Erscheinungen in der UdSSR.

Kindererziehung

Was die kirchliche Erziehung von Kindern betrifft, so besteht zwischen der UdSSR und den Volksdemokratien ein wesentlicher Unterschied. In der Sowjetunion ist es der Kirche untersagt, sich mit Kindern zu beschäftigen, gruppenweise Religionsunterricht zu erteilen, Ausflüge zu organisieren usw. In den Volksdemokratien sind wohl alle kirchlichen Jugendorganisationen aufgelöst worden, doch kann die Kirche (selbstverständlich nur ausdrücklich verlangten) Religionsunterricht geben. Er steht allerdings unter staatlicher Aufsicht.

Professionelle Möglichkeiten

Höhere kirchliche Funktionäre können im kommunistischen System nicht nur gut bezahlt sein, sondern auch gehobene Stellungen einnehmen. Miklos Beresztoczy, katholischer Priester und Administrator des seit der 1948 erfolgten Verhaftung von Kardinal Mindszenty vakanten Erzbistums, ist Vizepräsident des ungarischen Parlamentes. Pater Josef Plojhar (er wird als exkommuniziert betrachtet) wurde als katholischer Priester tschechoslowakischer Gesundheitsminister. Der Dekan der protestantischen theologischen Akademie von Prag, Prof. J. Hromadka (der verschiedentlich vor schweizerischen ökumenischen Kreisen sprach), ist Lenipreisträger für seine Verdienste «im Kampf um den Frieden». Solche Männer haben staatliche Lohnergänzungen, welche das Doppelte ihres normalen Gehaltes ausmachen. (Der Volksmund spricht dabei von «Gefahrenzulage».) Solche Personen können ohne Mühe und mit genügend Devisen ins Aus-

land reisen, nachdem sie die betreffenden Tagungen, Konferenzen usw. mit der Propaganda-Abteilung des Partei-Zentralkomitees besprochen haben. Andern Priestern wird eine Auslandreise nicht gestattet.

Diskriminierung

Hat die klerikale Profession ihre Möglichkeiten, so ist der Priesterberuf auf jeden Fall sehr schwer. Ein Geistlicher muss damit rechnen, dass seine Kinder nur unter der Bedingung in Mittelschulen aufgenommen werden, dass er dem Regime gegenüber zumindest loyal bleibt oder in irgendeiner Form kollaboriert (Friedensbewegung, Volksfront). Die materielle Existenz eines Priesters ist unsicher. Er weiss nie, wann ihm die staatliche Unterstützung entzogen wird. In der UdSSR üben zahlreiche Geistliche noch eine zweite Erwerbstätigkeit aus. Als Priester sind sie sozialversichert und erhalten auch Kinderzulagen. Ihr Lohn ist klein, auf jeden Fall beträchtlich geringer als der Gehalt in irgendeinem andern intellektuellen Beruf. Das Privatleben aller Angehörigen des geistlichen Standes wird von der Partei besonders aufmerksam kontrolliert. Korrespondenz mit dem Ausland wird bei einer allfälligen Strafverfolgung, bei beruflicher oder gesellschaftlicher Kaltstellung jeweils als Beweis für «imperialistische Agententätigkeit» angeführt.

Spärlicher Nachwuchs

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, dass der Priaternachwuchs nur kaum gewährleistet werden kann. Die Russisch-Orthodoxe Kirche, die grösste Kirche des Ostens, hat für 30 Millionen Gläubige nur acht Mittelschul-Seminarien und zwei theologische Akademien. Diese zehn Institutionen zählten 1956 insgesamt 2000 Studenten. Seither hat diese Zahl abgenommen. Die zwei Hochschulen entließen 1960 nur 43 Absolventen, von denen erst noch einige zum Dienst im Ausland (CSSR, Rumänien, Libanon, Polen) bestimmt waren. Die antireligiöse und antikirchliche Propaganda hat auch in den Seminarien freie Hand. Dazu kommt die Infiltrierung der theologischen Studentenschaft mit Parteipropagandisten und «agents provocateurs». Manche Atheisten tragen das Priestergewand. Selbstverständlich leidet das Vertrauen der Gläubigen in die Vertreter der Kirchen unter dieser Tatsache. Die ausserhalb der grossen Kirchen stehenden Sekten nahmen in der UdSSR in den letzten Jahren einen beträchtlichen Aufschwung. Sie werden — auch das ist bezeichnend — vom Regime in keiner Weise toleriert sondern rücksichtslos und offen verfolgt.

Kirche

Bulgarien

Kirchliche Kontakte

Im Zeichen der Oekumene versuchen die osteuropäischen Kirchen, ihre Isolation zu überwinden. Das ist ein begreifliches Anliegen und verdient Förderung. Wenn allerdings die Kirchen im kommunistischen Herrschaftsbereich heute im Gegensatz zu früher Auslandkontakte anknüpfen dürfen, so deutet das auch auf eine veränderte Interessenlage der politischen Führung. In der Ueberzeugung, die Kirche im eigenen Lande notfalls mit Zwangsmassnahmen unter Kontrolle halten zu können, betrachtet der Kommunismus diese Kontakte als neuen Träger der Propaganda. Um den unterdrückten Kirchen behilflich sein zu können, so überlegt man in Moskau wahrscheinlich, werden die westlichen Kirchen gewillt sein, einen Preis zu bezahlen, und sei das auch nur die Einstellung des kirchlichen Kampfes gegen den Kommunismus. In diesem Sinne hat die bulgarische orthodoxe Kirche eine bedeutungsvolle Initiative ergriffen. Patriarch Kiril hat an der Spitze einer Delegation Mitte März eine längere Reise angetreten, die ihn zunächst nach Istanbul zum Oekumenischen Patriarchen Atenagoras führte. Nach einem sechstägigen Aufenthalt, währenddem Kiril Klosterkirchen und die theologische Schule besuchte, ist der bulgarische Kirchenfürst weitergereist, um dem Patriarchen von Antiochien und dem ganzen Osten, Theodosius, in Damaskus einen Besuch abzustatten. Weitere Besuche finden beim Patriarchen von Alexandrien in der VAR, beim Patriarchen von Jerusalem in Jordanien und beim Erzbischof von Athen in Griechenland statt.

Das ist eine der zahlreichen interessanten Initiativen, welche den Ostkirchen gegenwärtig eine eigene Prägung verleihen. Sie sind im einzelnen und auf der persönlichen Ebene zweifellos kirchlichen Charakters. Im gesamten aber ordnen sie sich — den Trägern dieser Bezeichnungen vielleicht unbewusst — in die Strategie der kommunistischen Führung ein.

Anders verhält es sich mit den sicher nicht seltenen Kontakten der Kirchen in der freien Welt, die nach Absicht und Wirkung ausschliesslich kirchlichen Charakter aufweisen. Daher stellt sich denn auch den Kirchen in der freien Welt eine ernsthafte und schwer zu entscheidende Frage: müssen sie nicht mithelfen, eine Freiheit zu sichern, die auch der Kirche selbst das grösste Missionsfeld öffnet und dem Einzelnen überdies menschenwürdige Verhältnisse zugesteht.

Die christliche Bevölkerung der Erde

